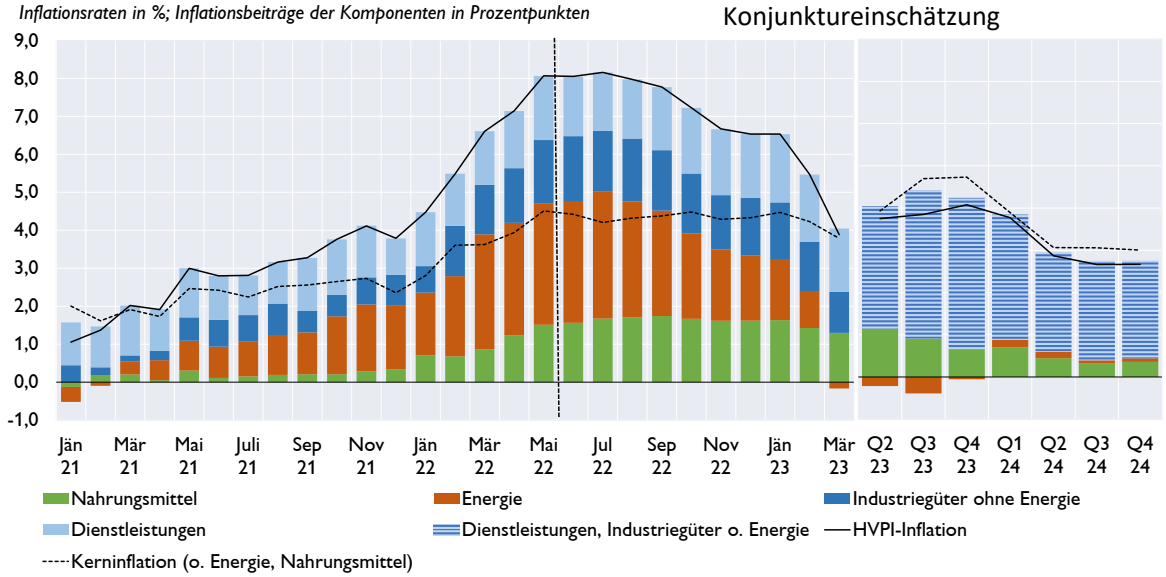
Ukraine-Krieg und Inflation dämpfen wirtschaftliche Erholung - Konjunktureinschätzung der OeNB für Österreich 2022 bis 2024[5]

Inflation steigt im Jahr 2022 auf 7 %

In der vorliegenden Konjunktureinschätzung der OeNB wird entsprechend den Annahmen der Eurosystemprognose vom Juni 2022 mit einem Ende der intensiven Kampfhandlungen im Ukraine-Krieg zum Jahresende 2022 gerechnet. Die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland bleiben jedoch bis 2024 in Kraft, die Rohstoffpreise werden daher nur graduell abnehmen. Die HVPI-Inflation hat sich energiepreisbedingt und aufgrund der globalen Lieferengpässe im Verlauf des Jahres 2021 deutlich beschleunigt. Der Ukraine-Krieg führte zu weiteren deutlichen Preisanstiegen bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen und in weiterer Folge einem Anstieg der HVPI-Inflation auf 7,7 % im Mai 2022. Zwischen April 2021 und April 2022 ist die Inflation um 5,2 Prozentpunkte angestiegen, wobei die Energiepreise (+2,4 Prozentpunkte), gefolgt von Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie (jeweils +1,2 Prozentpunkte) Haupttreiber dieser Entwicklung waren. Im Jahr 2022 steigt die HVPI-Inflation in Österreich auf 7,0 %. Infolgedessen ist insbesondere für 2023, aber auch noch für 2024 mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Die Inflationsrate bleibt daher trotz leicht rückläufiger Energiepreise auch in den Jahren 2023 und 2024 mit 4,2 % bzw. 3,0 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (2000 bis 2021: 1,9 %).

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria; Anmerkung: Mai-Inflation und Kerninflation: Flash von Statistik Austria, Beiträge aus OeNB Prognose.

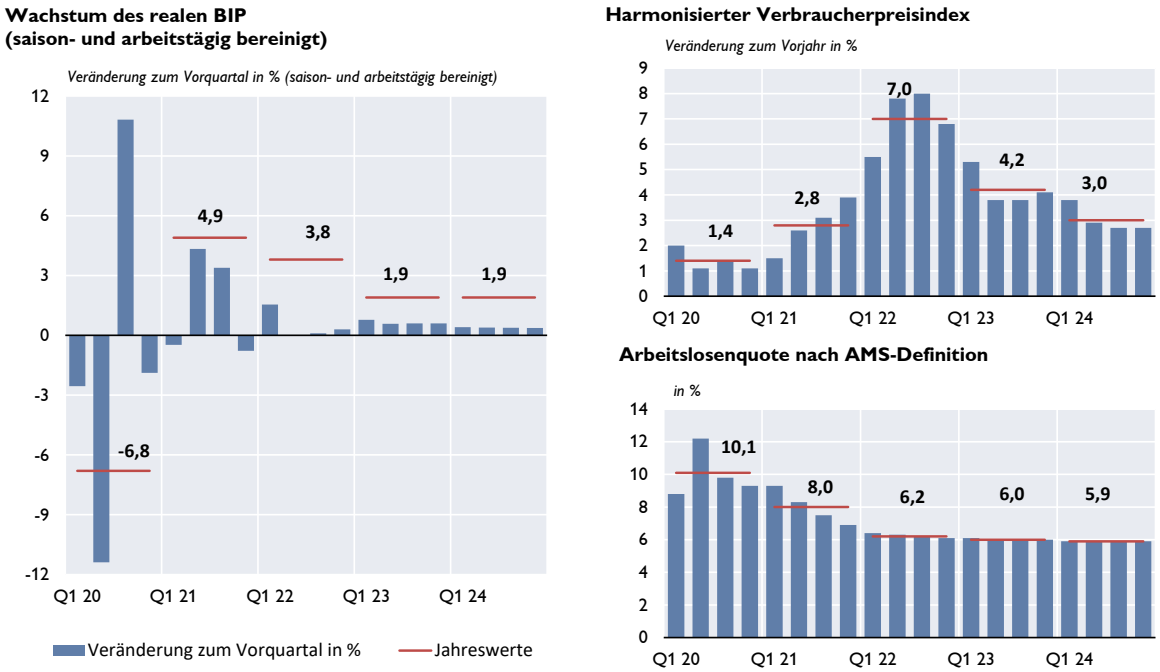
Nur geringes Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf

Trotz der andauernden COVID-19-Pandemie war das Jahr 2021 mit einem BIP-Wachstum von 4,9 % von einem starken wirtschaftlichen Erholungsprozess gekennzeichnet. Nach einem

[5] Autoren: Friedrich Fritzer, Christian Ragacs, Lukas Reiss, Richard Sellner, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra (Referat Konjunktur); Mirjam Salish (Referat Geldpolitik); unter Mitarbeit von Beate Resch und Marc Bittner.

Rückgang der Wirtschaftsleistung (-0,8 %, im Vergleich zum Vorquartal) im vierten Quartal 2021 infolge des erneuten Lockdowns verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Quartal 2022 ein starkes reales BIP-Wachstum (1,5 %). Die Industrie profitierte von der starken Weltkonjunktur, die von Aufholeffekten nach der COVID-19-Pandemie angetrieben wurde. Der Dienstleistungsbereich – im Speziellen die Beherbergungsbetriebe, die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche – wurde zu Jahresbeginn nicht mehr durch Lockdowns gebremst und verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr sehr hohe Zuwachsraten. Im Zuge dieser Erholung stieg die Beschäftigung zu Jahresbeginn stark, die Arbeitslosenquote ging entsprechend zurück. Der durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Inflationsanstieg dämpft die Kaufkraft und somit die Konsummöglichkeiten erheblich. Nach einem starken BIP-Wachstum zu Jahresbeginn erwartet die OeNB daher in der vorliegenden Einschätzung im weiteren Verlauf des Jahres 2022 eine äußerst gedämpfte Wirtschaftsentwicklung. Auch in den Folgejahren wird sich die Konjunktur trotz des unterstellten Endes der Kampfhandlungen per Jahresende 2022 nur mäßig beschleunigen, die Aufholeffekte bleiben angesichts der unsicheren Lage gering. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3,8 % im Jahr 2022 und bei jeweils 1,9 % in den Jahren 2023/24.

Hauptergebnisse Konjunktureinschätzung



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022.

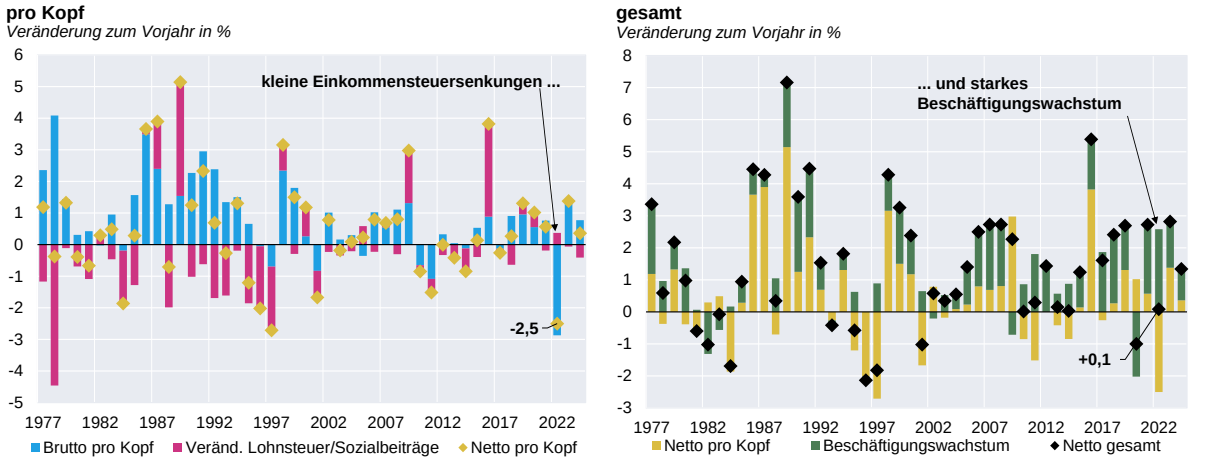
Starkes Beschäftigungswachstum trotz Konjunkturabkühlung

Das Jahr 2021 war von einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung und einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bereits im August 2021 wurde das Beschäftigungsniveau vom Februar 2020 erreicht. Gleichzeitig war der Arbeitsmarkt zunehmend von Facharbeitermangel und regionalem Mismatch bestimmt – Umstände, die unter anderem durch die demografische Entwicklung und durch strukturelle Folgen der COVID-19-Pandemie verstärkt wurden. Die kräftige Konjunkturerholung bei stärkeren Arbeitsmarktungleichgewichten ließ die Anzahl an offenen Stellen auf ein Rekordniveau ansteigen. Aufgrund der hohen Beschäftigungsdynamik zu Jahresbeginn wird für das Jahr 2022 nochmals ein deutlicher Anstieg der Beschäftigung erwartet (2,6 %), wobei unterstellt wird, dass es zu keinem weiteren Lockdown im Tourismus und Gastgewerbe kommen wird. Der nachlassenden Konjunktur

folgend wird sich das Beschäftigungswachstum bis 2024 auf 1,0 % abschwächen, damit aber nicht unter den langjährigen Durchschnitt fallen.

Die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten werden 2022 nominell um 3,7 %, 2023 um 5,4 %, und 2024 um 3,7 % zunehmen. Aufgrund der sehr hohen Inflation sinken die Nettoreallöhne pro Kopf 2022 aber um 2,5 %. Im historischen Vergleich brachen die realen Nettolöhne pro Kopf zuletzt im Jahre 1997 mit 2,7 % noch stärker ein. Damals trugen, wie vor 2000 oft beobachtbar, eine steigende Lohnsteuer- und Abgabenbelastung zu diesem Rückgang bei. 2022 dämpfen Steuer- und Abgabensenkungen hingegen den Rückgang etwas ab. Wird zudem der starke Beschäftigungszuwachs 2022 berücksichtigt, so ergibt sich insgesamt ein Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte um 0,1 %, wie rechts in Grafik 3 zu sehen.

Reale Arbeitnehmerentgelte



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt werden in den nächsten drei Jahren rund 40.000 ukrainische Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Bis 2024 nimmt das Wachstum des Arbeitsangebots aufgrund der Demografie aber ab und auch das Beschäftigungswachstum normalisiert sich. Die Arbeitslosenquote (AMS-Definition) sinkt bis zum Jahr 2024 auf 5,9 %.

Privater Konsum erreicht erst Mitte 2023 das Vorkrisenniveau

Im Jahr 2021 ist der reale private Konsum mit 3,3 % sehr stark gewachsen, obwohl sich die Lockdowns im ersten und vierten Quartal primär auf den Konsum von Dienstleistungen negativ ausgewirkt haben. Der private Konsum im Aggregat wurde einerseits von einem konjunkturbedingten Anziehen der nominellen Haushaltseinkommen getrieben und andererseits durch das Auflösen von Ersparnissen finanziert, die durch viele Haushalten im ersten Pandemiejahr 2020 zwangsläufig angesammelt wurden. Im Jahr 2022 wird das real verfügbare Haushaltseinkommen stagnieren. Die dämpfenden Effekte der hohen Inflation können durch die steuerlichen Entlastungen und das starke Beschäftigungswachstum nicht vollständig kompensiert werden. Zusätzlich zur schwachen Einkommensentwicklung dämpft auch das in Folge des Ukraine-Kriegs eingebrochene Vertrauen die Konsumbereitschaft der heimischen Haushalte. Trotzdem wird für das Jahr 2022 mit einem kräftigen Wachstum des privaten Konsums von 3,9 % gerechnet, da das Vergleichsjahr 2021 noch von mehreren Lockdowns und Zwangssparen geprägt war. Auch in den Jahren 2023/24 bleibt das Wachstum mit jeweils 2,0 % leicht überdurchschnittlich; dennoch erreicht der private Konsum erst Mitte 2023 – und damit deutlich später als die anderen wichtigen Nachfragekomponenten – wieder das Vorkrisenniveau.

Weltkonjunktur dämpft Export- und Investitionsentwicklung

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine und erschütterte die bis dahin relativ stabile Nachkriegsordnung Europas. Neben der humanitären Katastrophe, welche die Bevölkerung der Ukraine erleidet, führte der Krieg zu einer massiven Zunahme der geopolitischen Spannungen. Seitens der EU wurden bereits sechs Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Der Ukraine-Krieg dämpft die wirtschaftliche Entwicklung Zentral- und Osteuropas, aber auch Deutschlands, das mit nachhaltigen Schwierigkeiten der Automobilindustrie zu kämpfen hat. Weiters dämpft die Sorge über einen möglichen Abschwung in China und den USA die weltweite Konjunkturentwicklung, wobei für letztere die Straffung der Geldpolitik der Auslöser sein könnte. Diese dämpfenden Effekte sind im erwarteten Jahreswachstum für die österreichischen Exporte im Jahr 2022 jedoch kaum sichtbar. Die dynamische Entwicklung zu Jahresbeginn führt zu einem kräftigen Exportwachstum von 7,1 % und verdeckt die Abkühlung der Exportkonjunktur im weiteren Jahresverlauf. Im Jahr 2023 werden die Exporte nur um 2,9 % zulegen, 2024 beschleunigt sich das Exportwachstum geringfügig auf 3,3 %.

So wie die Exporte haben sich auch die realen Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2021 – im Zuge des Aufholprozesses nach dem pandemiebedingten Einbruch des Jahres 2020 – deutlich erholt und sind um 4,2 % gewachsen. Allerdings hat die unterjährige Dynamik bereits 2021 nachgelassen und somit fällt das Wachstum im Jahr 2022 mit 1,6 % nur gedämpft aus. Speziell die Ausrüstungsinvestitionen werden durch die Kriegsunsicherheit und die Materiallieferengpässe im laufenden Jahr gebremst und dämpfen das Investitionswachstum. Aufgrund eines langsamen Auslaufens der Wohnbauhochkonjunktur und der schlechten Entwicklung zu Jahresende 2021 entwickeln sich im Jahr 2022 auch die Wohnbauinvestitionen schwach. Im kommenden Jahr ist mit einer Verbesserung bei beiden Komponenten zu rechnen, das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen steigt auf 2,6 %.

Budgetdefizit liegt bereits 2022 wieder unter 3 % des BIP

2022 steigt der Budgetsaldo auf –2,6 % des BIP[6] (nach –5,9 % des BIP 2021), weil sich dank der konjunkturellen Erholung der Beitrag der automatischen Stabilisatoren gegenüber 2021 stark verbessert. Zudem geht das Ausmaß der diskretionären COVID-19-Fiskalmaßnahmen zurück und dieser Effekt wirkt deutlich stärker als das Inkrafttreten der ökosozialen Steuerreform sowie der Energiepakete. Das Absinken des Gesamtvolumens an diskretionären Fiskalmaßnahmen setzt sich 2023 und 2024 fort, was zu einer weiteren Verbesserung des Budgetsaldos auf ca. –0,7 % des BIP 2024 führt. Der Beitrag der konjunkturellen Entwicklung bleibt gegenüber 2022 in etwa unverändert, während die Zinsausgaben ab 2023 wieder langsam steigen. Die Staatsschuldenquote wird 2022 auf knapp unter 80 % und bis 2024 auf unter 75 % des BIP zurückgehen. Dies liegt am sehr hohen nominellen BIP-Wachstum sowie den wieder niedrigeren Budgetdefiziten.

[6] In der Prognose der öffentlichen Finanzen sind die von der Bundesregierung Mitte Juni angekündigten Maßnahmen gegen die Teuerung inkl. der Abschaffung der kalten Progression nicht enthalten.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022 für Österreich[1]

	2021	2022	2023	2024
Wirtschaftliche Aktivität	*Veränderung zum Vorjahr in % (real)*			
Bruttoinlandsprodukt	4,9	3,8	1,9	1,9
Privater Konsum	3,3	3,9	2,0	2,0
Öffentlicher Konsum	8,3	–0,2	0,7	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,6	2,6	2,1
Exporte insgesamt	14,5	7,1	2,9	3,3
Importe insgesamt	16,4	5,2	2,8	2,9
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	–0,5	0,5	1,1	1,3
Preise	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	7,0	4,2	3,0
Deflator des privaten Konsums	2,2	6,8	4,0	2,9
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,3	5,1	4,2	2,9
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	0,3	2,4	4,8	2,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	3,1	3,7	5,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	–0,8	2,4	4,6	3,6
Importpreise	5,3	9,3	3,3	1,9
Exportpreise	2,6	7,6	4,6	1,9
Terms of Trade	–2,5	–1,7	1,3	0,0
Einkommen und Sparen				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,5	0,2	1,7	1,9
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	11,8	8,4	7,9	7,6
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*			
Unselbstständig Beschäftigte	2,1	2,6	1,4	1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,9	4,0	2,3	1,1
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	4,5	4,4	4,3
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8,0	6,2	6,0	5,9
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*			
Budgetsaldo	–5,9	–2,6	–1,2	–0,7
Schuldenstand	82,8	79,3	75,9	73,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2024: OeNB-Konjunktureinschätzung vom Juni 2022.

[1] *Die Konjunktureinschätzung wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: Q1 22).*

[2] *Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.*

Abwärtsszenario: Auswirkungen von zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen auf die österreichische Wirtschaft

Im Rahmen der Eurosystemprognose vom Juni 2022 wurde von den einzelnen Euroraum-Ländern ein Abwärts-Szenario auf Basis gemeinsam akkordierter Annahmen erstellt. Das Narrativ hinter diesen Überlegungen ist, dass die intensivste Phase des Ukraine-Kriegs nicht in diesem Jahr endet, sondern sich bis 2023 fortsetzt, dass die geopolitischen Spannungen weiter zunehmen, weitere Sanktionspakete verabschiedet werden und dass es zu einem zeitlich begrenzten Stopp russischer Erdgaslieferungen in die Europäische Union kommt.

Im Szenario werden folgende Wirkungskanäle berücksichtigt: (1) Handelskanal (Rückgang der Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen), (2) Rohstoffpreise (Anstieg der Preise für Öl, Gas und nicht energetische Rohstoffe), (3) Finanzmarkt- und Vertrauenskanal

(Auswirkungen der Unsicherheit und steigender Kreditzinsen auf Konsum und Investitionen), (4) Ausfall von Gaslieferungen (unerheblich, ob Lieferstopp oder Embargo) und (5) Spillover-Effekte eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner Österreichs.

Abwärtsszenario für Österreich

	Reales BIP			HVPI-Inflation		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %					
OeNB Konjunktureinschätzung	3,8	1,9	1,9	7,0	4,2	3,0
	Veränderung in Prozentpunkten					
Wachstums- & Inflationseffekte	−4,4	−3,4	4,5	1,5	0,9	−0,1
davon						
Handelskanal	−0,5	−0,2	−0,1	−0,0	0,0	−0,0
Rohstoffpreise	−0,4	−0,2	−0,0	1,2	0,9	−0,1
Finanzmärkte und Vertrauen	−0,1	−0,3	0,2	−0,0	−0,1	−0,0
Energielieferungsstopp	−2,3	−1,1	2,7	0,3	0,2	0,1
Länder-Spillover	−1,1	−1,6	1,7	−0,0	−0,2	−0,1
	Veränderung zum Vorjahr in %					
OeNB Szenario	−0,6	−1,4	6,4	8,5	5,1	2,9

Quelle: OeNB.
Anmerkung: Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es zu Abweichungen kommen.

Gegenüber dem März-Szenario der OeNB haben sich die Annahmen bezüglich des vierten Wirkungskanals – Ausfall von Gaslieferungen - erheblich verändert. Es wird nun angenommen, dass ab dem dritten Quartal 2022 für insgesamt vier Quartale keine russischen Erdgaslieferungen erfolgen (März-Annahme: nur im zweiten Halbjahr 2022). In den Folgequartalen kommt es zu keinen gänzlichen Auf-/Nachholeffekten, da davon ausgegangen wird, dass sich die Einschränkungen danach nur schrittweise auflösen, aber selbst im vierten Quartal 2024 noch mit Ausfällen zu rechnen ist. Als neuer Wirkungskanal wurden die Spillover-Effekte aufgrund eines Ausfalls von russischen Energielieferungen an wichtige Handelspartner auf die österreichische Wirtschaft simuliert.

Die Hauptergebnisse sind in der obenstehenden Tabelle zusammengefasst. Der negative BIP-Effekt fällt heuer noch stärker aus als im März angenommen. Der größte Unterschied ergibt sich im Jahr 2023, in dem aufgrund der internationalen Spillovers ebenfalls ein deutlich negativer BIP-Effekt erwartet wird. Erst im Jahr 2024 kommt es zu einem Aufholprozess. Insgesamt erwartet die OeNB, aufbauend auf der aktuellen Konjunktureinschätzung, in diesem Szenario in den beiden Jahren 2022/23 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,6 % bzw. 1,4 %. Die zusätzlichen Inflationseffekte fallen im Vergleich zu den Ergebnissen vom März im Jahr 2022 etwas geringer, dafür im Jahr 2023 etwas stärker aus.